

Einwanderungsgesellschaft in der 'Flüchtlingskrise' [2017]

Bade, Klaus J.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bade, K. J. (2018). Einwanderungsgesellschaft in der 'Flüchtlingskrise' [2017]. *Historical Social Research, Supplement*, 30, 351-363. <https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.351-363>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Historical Social Research Historische Sozialforschung

Klaus J. Bade:

Einwanderungsgesellschaft in der ‚Flüchtlingskrise‘ [2017]

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.351-363

Published in:

Historical Social Research Supplement 30 (2018)

Cite as:

Bade, Klaus J. 2018 [2017]. Einwanderungsgesellschaft in der ‚Flüchtlingskrise‘.

Historical Social Research Supplement 30: 351-63.

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.351-363.

Other articles published in this Supplement:

Klaus J. Bade

Warum es kam, wie es kam: Autobiografische Anmerkungen.

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.9-92](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.9-92)

Klaus J. Bade

Der Traum vom ‚Export der sozialen Frage‘ durch imperiale Expansion und koloniale Auswanderung: der Fall Friedrich Fabri [1975/2005].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.95-114](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.95-114)

Klaus J. Bade

Zur interdisziplinären Ortsbestimmung sozialhistorischer Migrationsforschung: Begriffe und Modelle, Methodenfragen und Theorieprobleme [1979/2005].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.115-144](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.115-144)

Klaus J. Bade

Bewegungsformen und Bestimmungsfaktoren transnationaler und interner Migration in den deutschen Nordostgebieten vor dem Ersten Weltkrieg: Entwurf eines heuristischen Modells [1979/2005].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.145-164](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.145-164)

Klaus J. Bade

Vom Export der Sozialen Frage zur importierten Sozialen Frage: Deutschland im transnationalen Wanderungsgeschehen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts [1984/1985].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.165-205](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.165-205)

Klaus J. Bade

Historische Migrationsforschung [2002].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.206-226](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.206-226)

Klaus J. Bade

Migration in der europäischen Geschichte seit dem späten Mittelalter [2002].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.227-234](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.227-234)

Klaus J. Bade

Wanderungstraditionen und Wanderungssysteme am Ende der Frühen Neuzeit [2002].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.235-265](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.235-265)

Klaus J. Bade

Wanderungen im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts: Arbeitswanderungen und Unternehmerreisen [2000].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.266-292](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.266-292)

Klaus J. Bade

Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart [2007/2011].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.293-305](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.293-305)

Klaus J. Bade

Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft [2013/2014].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.306-317](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.306-317)

Klaus J. Bade

Blockade und Befreiung: Identitätskrise, Ersatzdebatten und neue Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft [2013].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.318-337](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.318-337)

Klaus J. Bade

Von Unworten zu Untaten: Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations- und Asyldiskussion zwischen ‚Gastarbeiterfrage‘ und ‚Flüchtlingskrise‘ [2016].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.338-350](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.338-350)

Klaus J. Bade

Einwanderungsgesellschaft in der ‚Flüchtlingskrise‘ [2017].

doi: [10.12759/hsr.suppl.30.2018.351-363](https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.351-363)

Einwanderungsgesellschaft in der ‚Flüchtlingskrise‘ [2017]

*Klaus J. Bade**

Abstract: »Immigration society and 'refugee crisis' in Germany«. On the climax of the so-called 'refugee crisis' in the fall of 2015 Germany, there was a competing situation of 'welcome culture' and crisis fear. Security policy and emergency response in refugee affairs enforced right-wing movements to understand these policies as a success of their own agitation and public pressure. The catchword 'fighting the causes of flight' has become a hollow phrase, evoking the 'shame of Evian.' The international conference in Evian in 1938 discussed how to facilitate the acceptance of persecuted Jews fleeing Nazi Germany. The result of the Evian conference can be interpreted as follows: In reality, international negotiations about the protection of Jews deal with the question: "How can we protect ourselves against them?" However, the present 'refugee crisis' is a manifestation of a worldwide crisis driving or luring refugees and subsistence migrants to the strongly controlled and armed gates of 'Fortress Europe.' Therefore, simple defense strategies do not offer any solution. Global system problems have to be answered by economical, ecological, and societal answers of global scope.

Keywords: 'Welcome culture' and xenophobic attitudes in Germany, 'refugee crisis' as a manifestation of a global crisis, need of global solutions.

1. Einwanderungsgesellschaft unter Zuwanderungsdruck: Die „Flüchtlingskrise“

Die „Flüchtlingskrise“ ist die Ausgeburt einer Weltkrise, die Flüchtende aus Krisenregionen und Konflikten mit politischen, sozialen oder religiös-ethnischen Ursachen, aus ökonomischen, zunehmend auch ökologischen und vielen anderen Gründen vor die immer schärfer bewachten Tore der „Festung Europa“ treibt oder lockt.

An vielen Ursachen dieser „Flüchtlingskrise“ sind Europa und andere hoch entwickelte Weltregionen direkt oder indirekt mitbeteiligt. Hierher gehört in Afrika zum Beispiel der Weg von der Kolonialgeschichte und ihren Folgen bis zur Ausbeutung ehemaliger Kolonialgebiete durch auswärtige Profiteure in Kooperation

* Reprint of: Bade, Klaus J. 2017. Einwanderungsgesellschaft unter Zuwanderungsdruck: Die „Flüchtlingskrise“ (Auszug). In Migration – Flucht – Integration. Kritische Politikbegleitung von der ‚Gastarbeiterfrage‘ bis zur ‚Flüchtlingskrise‘, 97-106. Karlsruhe: Von Loeper Literaturverlag <www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/Bade_Migration.pdf>.

mit kleptokratischen einheimischen Führungseliten. Dazu gehören krisenverschärfende oder sogar krisenauslösende bewaffnete Interventionen wie zum Beispiel in Libyen oder im Irak und schließlich auch die immer verheerenderen Folgen der Klimaveränderungen, deren Verursacher ebenfalls nicht in den davon am meisten betroffenen Regionen leben.

„The Empire strikes back“ („Das Imperium schlägt zurück“), sagen die Briten und glauben die Flucht- und Arbeitswanderer aus ihren früheren Kolonialgebieten flüstern zu hören: „We are here because you were there“ („Wir kommen zu Euch, weil Ihr zu uns gekommen seid!“).

In Afrika aber gibt es nicht nur für seine Bevölkerungen katastrophale Wirtschafts- und Gesellschaftsprobleme. Es gibt auch aufsteigende Volkswirtschaften und vor allem unerhörte Potenziale an natürlichen Ressourcen, an Humankapital, aber auch kulturellem Kapital, was sogar zu der seit Bundespräsident a.D. Horst Köhler auch in Deutschland häufiger gestellten Frage führt: „Von Afrika lernen?“²

Weil die „Flüchtlingskrise“ in vieler Hinsicht auch eine strukturelle Weltkrise ist, die sich mit der Zunahme von „Klimaflüchtlingen“ noch vervielfältigen wird, kann bloße Abwehr keine Lösung sein. Für ein globales Systemproblem müssen globale Systemfragen gestellt und weltökonomische, weltökologische und weltgesellschaftliche Antworten gefunden werden. Jenseits vom Retten von schiffbrüchigen Flüchtenden vor den Küsten der Festung Europa, vom Helfen im Alltag von Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsintegration und von internationalen Bemühungen zum Schutz der Schutzsuchenden gibt es dazu zwei große Antworten:

Wir müssen, erstens, teilen lernen: Spenden ist gut, aber nicht gut genug, zumal ein Teil von gut gemeinten Spenden, zum Beispiel in Gestalt von abgelegter Kleidung, von Händlern nach Afrika exportiert wird und dort die einheimische Textilindustrie ruiniert. Das gehört im Ergebnis in die gleiche Linie wie die Ruinierung der afrikanischen Landwirtschaft durch importierte gefrorene Hühnchenteile oder eingeführte Milchprodukte und die Erwürgung der afrikanischen Küstenfischerei durch die zum Beispiel vor der Westküste Afrikas operierenden europäischen, aber auch japanischen schwimmenden Fischfabriken („Aus dem Netz in die Dose“).

Und wir müssen, zweitens, widerstehen lernen gegen Systeme der strukturellen, institutionellen und strategischen Inhumanität beim Kampf gegen Flüchtlinge statt gegen Fluchtursachen, wovon noch die Rede sein wird.

Dekuvrierend abwegig war vor dem Hintergrund der „Flüchtlingskrise“ der exkulpierende, im Herbst 2015 in den Medien eifrig nachgebetete Politikersatz: „Niemand konnte voraussehen, dass...“. Das war schlicht Quatsch und wurde durch stete Wiederholung, mit Herbert Wehner zu sprechen, nur noch „quätscher“. Natürlich konnte niemand absehen, wann sich im globalen Wanderungsgeschehen was, wo und in welchem Umfang konkret ereignen würde bei der Verbindung der Folgen von strukturellen Krisen und aktuellen politischen, ethnischen oder anderen Konfliktpotenzialen.

Aber dass der weltweite Migrationsdruck unter bestimmten demographischen, ökonomischen, ökologischen, politischen und anderen Rahmenbedingungen und

¹ C. Jakob, Bürgerwehr-Fans demonstrieren, in: taz. die tageszeitung, 4.10.2016.

² Vgl. u.a. H. Köhler, Von Afrika lernen – geht das?, in: Die Zeit online, 22.12.2009.

Krisenszenarien zunehmen könnte; dass er in einer noch nicht absehbaren, aber doch erwartbaren Zukunft in zunächst noch geringem, dann aber möglicherweise steigendem Umfang auch Europa erreichen könnte; dass gut gemeinte, aber unvorsichtige politische Schachzüge und Statements angesichts dieses wachsenden Migrationsdrucks eine unübersehbare Eigendynamik im Wanderungsgeschehen und in den panikartigen Reaktionen darauf auslösen könnten – das alles hätte man sehr wohl wissen können, wenn man Ergebnisse der Forschungsliteratur zur Kenntnis genommen hätte:

Entsprechende Warnungen und Mahnungen kann man über Jahrzehnte hinweg zurückverfolgen, zum Beispiel bis zum „Manifest der 60: Deutschland und die Einwanderung“ (hier bes. P. J. Opitz, s. Kap. 3) von 1993/94, vom Bericht des Club of Rome von 1972 und vielen anderen wissenschaftlichen und publizistischen Menetekeln seither ganz zu schweigen. Und auch Jahrzehnte alte globale Bevölkerungsprognosen haben sich, wie das Statistische Bundesamt Ende 2016 mitteilte, als erstaunlich zutreffend erwiesen.

Politisches und öffentliches Interesse aber richteten sich selbst am Vorabend der „Flüchtlingskrise“ meist noch auf durchaus andere Themenfelder: im europäischen Kontext zum Beispiel auf das Dauerthema „Griechenlandkrise“ sowie die damit verbundene „Grexit“-Frage und im Migrationskontext zum Beispiel auf die vielgeschmähte „Armutswanderung“ aus Rumänien und Bulgarien und auf die Bewegung von Asylsuchenden aus südosteuropäischen Drittstaaten („Westbalkan“) insgesamt, die schrittweise zu „sicheren Drittstaaten“ erklärt wurden, um insbesondere die Roma-Zuwanderung fernhalten oder doch leichter „rückschieben“ zu können.

Von Lippenbekenntnissen und wenigen praktischen Initiativen abgesehen, wollte auf Seiten der Großen Koalition und besonders in den Reihen von CDU/CSU noch bis zum Sommer 2015 kaum jemand so recht etwas von einer aktiven und kostenintensiven Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen in und aus nichteuropäischen Regionen wissen. Ausnahmen blieben parteipolitisch einsame Rufer in der Wüste.

Und auch die schließlich mutige und standhafte Kanzlerin hatte doch lange kaum einen Blick für diese migratorischen Zukunftsfragen, bevor sie mit ihren drei schon bald historischen Worten „Wir schaffen das!“ vom 31. August 2015 versehentlich eine Art globalen Schabowski-Effekt lostrat. Die Folge war nicht nur eine migratorische, sondern auch eine politische Lawine, in der die Bundeskanzlerin, Umfragen zufolge, möglicherweise schon im langen Vorfeld der Bundestagswahl von 2017 untergegangen sein würde, wenn es noch eine geeignete, für die Unionsparteien insgesamt akzeptable und in der CDU nicht schon prophylaktisch weggebissene Nachfolge-Alternative gegeben hätte.

Die „Flüchtlingskrise“ wurde rasch auch zu einer Strukturkrise der EU, bei der der *Sacro egoismo* von Einzelstaaten die gemeinsame Basis wie ein Breitmäulrüssler von den Blatträndern aus zu zerfressen tendierte – vom Alleingang Ungarns bei der Abwehr von Flüchtenden bis zum Austritt von Großbritannien aus der EU („Brexit“). Das marode Dublin-Reglement mit seiner einseitigen Belastung von Randstaaten der EU war die Kernfrage der EU-„Flüchtlingskrise“.

Nicht vergessen werden sollte dabei, dass es die Deutschen (und hier insbesondere die CDU- und noch mehr die CSU-Deutschen) selber waren, die im Blick auf das dysfunktional gewordene Dublin-System rund anderthalb Jahrzehnte lang und

bis zum Vorabend der „Flüchtlingskrise“ viele Reformanstrengungen im europäischen Asylrecht blockiert hatten, weil „Dublin“ so bequem für die Mitte Europas war. Der deutsche Bundesinnenminister Friedrich (CSU) pflegte zu mahnen, die Italiener sollten in Sachen Asyl „ihre Hausaufgaben machen“, womit er in Wahrheit meinte, die Italiener sollten ersatzweise die europäischen „Hausaufgaben“ übernehmen.

Das gleiche galt für Deutschlands lange brüske Ablehnung von Verteilungsquoten für Asylsuchende als Alternative zum Dublin-System. In der „Flüchtlingskrise“ forderte Deutschland dann eben diese Verteilungsquoten von den anderen Mitgliedstaaten der EU – um die ohne Abstimmung mit ihnen aufgenommenen Geflüchteten wieder umzuverteilen. Dem selbst verstärkten und bald eigendynamischen Zustrom von Flüchtenden aus aller Welt stand die Bundesregierung am Ende schwächer gegenüber als Goethes Zauberlehrling seinem entfesselten Besen, weil es dafür – erfreulicherweise – einen tatsächlichen oder vermeintlichen „Meister“ nicht gab, der hätte gerufen oder gewählt werden können.

Zu welch grotesken Ergebnissen dergleichen führen kann, zeigte – vor insgesamt anderen, im Blick auf die Themen Zuwanderung und Integration aber durchaus vergleichbaren Hintergründen – zuletzt die Wahl des offenbar narzisstisch gestörten Wutstrategen Donald Trump, der Merkels Flüchtlingspolitik als „geisteskrank“ bezeichnet hatte, zum Präsidenten der in ihren gestörten Realitätsbezügen „ersten postfaktischen Regierung Amerikas“.³

Die Bundesregierung sah sich bei ihrem binationalen, internationalen und supranationalen Werben um Hilfe in der „Flüchtlingskrise“ oft mit vordergründigen Schuldzuweisungen in einer Art Teufelskreis konfrontiert: Die sprunghaft gestiegenen Abwehrhaltungen gegenüber Zuwanderung in europäischen Nachbarstaaten hatten mit deren wachsenden Überforderungssorgen angesichts von Zuwanderungsdruck und Problemstau in der „Flüchtlingskrise“ zu tun. Auf dem Höhepunkt der Krise aber kam die mutige, wichtige und kurzfristig auch richtige, dann aber in ihren Folgen nicht mehr zureichend kontrollierbare Rettungsbotschaft der Bundeskanzlerin vom 4./5.9.2016 („Wir schaffen das!“). Sie wurde, im Nachgang zu einer am 25.8. vorausgegangenen Twitternachricht⁴ des BAMF, in der elektronischen stillen Post andernorts offenbar als globale Willkommensbotschaft missverstanden bzw. durch „Schlepper“ auch gezielt so fehlinterpretiert. Migrationsrouten schwenkten verstärkt ein in Richtung Deutschland, auch wenn von „Merkels Marschbefehl“ (Cicero, Sept. 2016) nicht die Rede sein kann.

Ebenso wenig aber konnte bei Merkels Drei-Länder-Afrikareise vom Oktober 2016 und ihrer Ankündigung, beim deutschen Vorsitz der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20) das Thema Afrika auf die Agenda zu setzen, von einer Wende zu interkontinentaler Partnerschaft die Rede sein. Motiv und Ziel war vielmehr die Vorfeldsicherung durch Grenzvorverlagerung („Externalisierung“) zur Abwehr von Fluchtwanderungen. Damit machte sich die deutsche Bundeskanzlerin zu einer Führerin auf dem abschüssigen Weg der Europäischen Union von einer angeblichen Wertegemeinschaft über eine Interessengemeinschaft zu einer Vertei-

³ C. Wergin, Die massenhaften Proteste machen Hoffnung, in: Die Welt, 23.11.2017.

⁴ „Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt“; BAMF@BAMF_Dialog, 25.8.2015.

digungsgemeinschaft im Kampf gegen Fluchtwanderungen mit globalstrategischen Abwehrbündnissen von Weißrussland im Osten bis Mali im Süden. (...)

2. „Willkommenskultur“ und Abwehrhaltungen

Auf dem Höhepunkt des Andrangs von Flüchtenden in Deutschland im Herbst 2015 konkurrierten „Willkommenskultur“ und Krisenangst:

Auf der „hellen“ Seite standen Bilder vom fröhlichen Flüchtlingsempfang, zum Beispiel in dem Fähnchen schwenkenden, „Refugees Welcome“-Schilder hochhaltenden und Kinderspielzeug reichenden Begrüßungsspalier beim Eintreffen der Flüchtlingszüge auf dem Münchner Hauptbahnhof.

Auf der „dunklen“ Seite gab es einerseits die Bilder der düster-bedrohlichen, „Spaziergänge“ genannten Pegida-Demonstrationen mit einem Deutschlandfahnen-Wald und Sprechchören mit dem Plagiat „Wir sind das Volk!“ und andererseits die Bilder von umkämpften Flüchtlingsunterkünften, vor denen flüchtlingsfreundliche Bürger gegen fremdenfeindliche Randalierer Front machten.

Brennende Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten stieß auf brennende Dachstühle von Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge und Asylsuchende. In der Konfrontation mit dem Andrang von Geflüchteten erschien Deutschland vielen ausländischen Beobachtern als ein rätselhaftes, zwischen herzlicher Zuwendung und brutaler Abwehr gespaltenes Land.

Aber lange überwogen die Bilder der „Willkommenskultur“, auf die sich viele Politiker nun gerne beriefen. Das klang oft ebenso schal wie vordem die politische Berufung auf das angebliche „Integrationsland“ Deutschland, zumal die „Willkommenskultur“ von Beginn an ein doppeltes Gesicht hatte:

Auf der einen Seite stand die politisch gestiftete, ursprünglich vorzugsweise für den Empfang von hochqualifizierten Zuwanderern aus Europa gedachte „Willkommenskultur“, die sich oft in bloßer Willkommenstechnik erschöpfte. Wie weit es damit heute her ist, kann man nach dem Integrationsgesetz an der zum Teil absurden Wohnortzuweisungspolitik von Ausländerbehörden ablesen. Das gilt besonders dann, wenn sie zum Beispiel schon gut eingewöhnte Flüchtlingsfamilien aus vordem zugewiesenen in billigere, frei gewordene Erstaufnahmeeinrichtungen zurückverfrachten, auch um die Sozialwohnungen für einheimische Bedürftige freizumachen, oder aber wenn sie traumatisierte Geflüchtete mit freundlichen Worten, die sie im Willkommenskurs gelernt haben, in Kleinstädte oder Stadtteile im deutschen Osten überweisen, wo die schockierten Schutzsuchenden mit pöbelnden Anti-Asyl-Protesten empfangen werden.

Auf der anderen Seite operierte, mit mancherlei Überschneidungen, aber oft auch in klarem Gegensatz dazu, die bürgergesellschaftliche Willkommensbewegung für die Betreuung von Geflüchteten im Alltag. Ohne die gewaltigen und selbstlosen Hilfeleistungen dieser bürgergesellschaftlichen Bewegung wären die staatlichen und kommunalen Aufnahmestrukturen schon frühzeitig und mit unübersehbaren Folgen zusammengebrochen. Das zeigte monatelang das berüchtigte, in vielen Bereichen nur durch die Flüchtlingsinitiative „Moabit hilft“ geminderte Chaos am Berliner LAGESO (Landesamt für Gesundheit und Soziales). Wo sind die Auszeichnungen für diese vielen Helden des Alltags hier und andernorts?

Während viele sich in der Willkommensbewegung praktisch engagierten, andere die „Willkommenskultur“ von oben schmähten und sie dabei oft mit der bürgerschaftlichen Willkommensbewegung von unten verwechselten, entfaltete sich das stille und bis zur Erschöpfung betriebene Engagement der praktischen Flüchtlingshilfe im Alltag: von den massenhaften Kleiderspenden über die Mithilfe in Erstaufnahmeeinrichtungen bis zur Aufnahme von Geflüchteten in Familien.

Begleitumstände und Folgeerscheinungen des anhaltenden Flüchtlingsandrangs waren lange schwer abschätzbar: Die starke Zuwanderung von Geflüchteten in jugendlichem bis mittlerem Alter führte 2015 entgegen dem demographischen Trend kurzfristig sogar zu einer Verjüngung der Altersstruktur und insgesamt zu einem befristeten Wandel vom demographisch bedingten Schrumpfen zum migratorisch bedingten Wachstum der Bevölkerung in Deutschland. Aber das war nur die eine Seite der demo-ökonomischen Medaille.

Kehrseite des demographischen Gewinns war die schwer kalkulierbare Belastung durch die Flüchtlingsintegration, vor allem am Arbeitsmarkt. Der Erfolg der Arbeitsmarktintegration aber entscheidet volkswirtschaftlich darüber, ob der demographischen auch eine demo-ökonomische Gewinnrechnung entsprechen kann. Dafür gab es durchaus unterschiedliche, zum Teil auch widersprüchliche wissenschaftliche und in weiten Teilen der Bevölkerung bald zunehmend negativ beurteilte Chancen.

Hinzu trat die berechtigte Sorge von sozial Schwachen um randständige Beschäftigungschancen durch die zunächst nur imaginierte, aber durchaus erwartbare Konkurrenz von gleich oder besser qualifizierten, aber zu niedrigerem Lohn arbeitsbereiten Geflüchteten. Das gleiche galt für die befürchtete Konkurrenz bei der „Schwarzarbeit“ am informellen Arbeitsmarkt. Hinzu kam die soziale Angst in der schon bald nicht mehr nur imaginierten, sondern auch konkret fassbaren Opferkonkurrenz zwischen einheimischen Armen und ausländischen Geflüchteten, zum Beispiel bei der Zuweisung von Sozialwohnungen.

Unabhängig von den Soziallagen gab es steigenden Missmut über die Belastung der kommunalen Haushalte und die Einschränkung von kommunal finanzierten Angeboten, bis hin zur zeitweisen Umnutzung von Freizeiteinrichtungen für die Unterbringung von Geflüchteten.

Durchaus anders motivierte wirtschaftliche Konkurrenzangst griff aber auch im von sozialen Abstiegsorgen geplagten Mittelstand um sich und verband sich mit allenthalben greifbaren Kulturängsten: Was die einen als „kulturelle Bereicherung“ begrüßten, löste bei anderen Angst vor sozialer Überforderung und „kultureller Überfremdung“ aus.

Zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung gerieten bald stereotype populistische Warnungen konservativer Politiker und Publizisten vor einem „Kippen der Stimmung“ auch in den flüchtlingsfreundlichen Teilen der Bevölkerung. Dazu diente oft der Hinweis auf eine angeblich nicht mehr aufzuhaltende „Völkerwanderung“ mit der „Flüchtlingskrise“ als bloßem Auftakt zu einem Huntingtons Vision folgenden, für Europa möglicherweise endzeitlichen „Zusammenprall der Zivilisationen“.⁵

⁵ Beispiel: M. Stürmer, Wir erleben den Zusammenprall der Zivilisationen. Jetzt, in: Die Welt online, 22.7.2016.

Der eigentliche Wendepunkt in den Haltungen zur „Flüchtlingskrise“ aber kam mit der erwähnten medialen Skandalshow um die Ereignisse in der Silvesternacht 2015 am Kölner Hauptbahnhof. Deshalb lässt sich geradewegs ein Bogen spannen von dem fröhlichen Empfang für Geflüchtete am Münchner Hauptbahnhof zu den sexistischen und räuberischen Übergriffen von „Antänzern“ unter Beteiligung auch von einzelnen Asylsuchenden in jener Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof und andernorts. Die fraglos skandalösen Straftaten wurden, wie erwähnt, in Sensationsmedien und in rechtsorientierten Kreisen von der NPD bis zur AfD zu einem nachgerade kultur- und staatsgefährdenden Ansturm von „Sex-Mob-Asylanten“ (NPD) hochstilisiert und begierig auch von den einschlägig bekannten „islamkritischen“ Kreisen aufgegriffen.

Die Folgen waren verheerend. Noch ohne die allgemeine Aufnahmebereitschaft infrage zu stellen, sanken in Umfragen die flüchtlingsfreundlichen Positionierungen. Die regional und schichtenspezifisch unterschiedlich geprägte Unterströmung von Skepsis, Sorge und Angst begann erneut zu steigen und spülte alte Vorurteile gegenüber „Wirtschaftsflüchtlingen“ und „Scheinasylanten“ wieder nach oben.

Mitbestimmend für wachsende Abwehrhaltungen waren auf dem Höhepunkt der „Flüchtlingskrise“ und noch Monate danach aber auch die scheinbar konzeptarm oder doch nicht konsensfähig zwischen Beruhigungsformeln und Alarmismus schwankenden parteipolitischen Positionierungen mit wechselseitigen Schuldzuschreibungen auf der Bundesebene und insbesondere auf der Unionsachse München-Berlin, was in einiger Hinsicht an die wechselseitigen parteipolitischen Blockaden im „Asylstreit“ der frühen 1990er Jahre und deren Folgen erinnerte.

Zusätzlich verschärfend wirkten populistische parteipolitische Perspektiven in den Landtagswahlkämpfen in Mecklenburg-Vorpommern sowie in Berlin im Spätsommer 2016 und im langen Vorfeld der Bundestagswahl von 2017. Den Hintergrund bildeten Versuche, den rasant aufsteigenden eigentlichen politischen Gewinner der allgemeinen Unsicherheit, die gefürchtete „Alternative für Deutschland“, zu bremsen oder sogar zu übertrumpfen, die schon wie ein grinsendes Gespenst durch die Kabinettsrunde zu schleichen schien.

Immens verschärfend aber wirkte ein Bumerang-Effekt der immer mehr auf Sicherheitspolitik, Gefahrenabwehr und „Härte“ gegenüber Flüchtenden setzenden „Bewältigung“ der „Flüchtlingskrise“ in Gestalt der militarisierten Drosselung des Zugangs für Flüchtende durch EU-Staaten in Drachentöter-Manier (11.2.5/6). Das bestärkte erkennbar fremdenfeindliche Abwehrhaltungen und rechtsorientierte Strömungen; denn sie wussten sich diese strategische Wendung von der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik zur Flüchtlingsabwehrpolitik und von der nur proklamierten Bekämpfung der Fluchtursachen zur Bekämpfung von Flüchtenden weit vor den Grenzen der „Festung Europa“ („Externalisierung“ der Flüchtlingsabwehr) als Erfolg auf ihre eigenen Fahnen zu schreiben. Das alles belastete schließlich auch den deutlich nach rechts rutschenden demokratischen Grundkonsens.

Klar werden muss, wie auch die nicht eben systemkritische FAZ im Blick auf den Wiener Flüchtlingsgipfel Ende September 2016 zutreffend kommentierte: „Weder EU-Gipfeltreffen noch deutsche Koalitionsrunden lösen globale Migrati-

onsprobleme.⁶ Dazu kann nur eine Weltflüchtlingskonferenz beitragen, am besten verbunden mit einer Weltflüchtlingsdekade, in der es nicht um die „Bekämpfung“ von Flüchtenden sondern von Fluchtursachen geht. Dafür und für die Stabilisierung der „Frontstaaten“ mit ihrem gewaltigen Flüchtlingsaufkommen am Rand der Krisenzonen wären gewaltige Investitionen nötig, die uns alle nur etwas ärmer und die Welt insgesamt überlebensfähiger machen würden (11.2.7/8).

Die Rede von der „Bekämpfung der Fluchtursachen“ aber, die auch auf dem Wiener Flüchtlingsgipfel im Konzert der dröhnenden Abwehrstrategien beschwichtigend mitklang, ist zu einer hohlen Phrase geworden. Das erinnert an die „Schande von Évian“ 1938, als Vertreter von 32 Staaten und vielen Hilfsorganisationen über die Erleichterung der Einreise für die vom NS Staat terrorisierten und zunehmend in tödlicher Gefahr lebenden Juden aus Deutschland verhandelten. Sie kamen damals zu einem Ergebnis, das der österreichische Schriftsteller Alfred Polgar mit den Worten kommentierte: Internationale Verhandlungen, die zur Erörterung der Frage „Wie schützt man die Flüchtlinge?“ einberufen würden, beschäftigten sich in Wahrheit vor allem mit der Frage: „Wie schützen wir uns vor ihnen?“⁷

Nachdem der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) schon im Mai 2016 das Ende der „Willkommenskultur“ ausgerufen hatte, meldete im Juli 2016 das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ mit Blick auf die Ergebnisse einer Studie des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung: „Die Willkommenskultur verabschiedet sich [...]. Demnach sieht ein Drittel der Befragten Deutschlands Zukunft durch die Migration in Gefahr. Knapp die Hälfte von ihnen hat Angst, dass mit der steigenden Anzahl der Flüchtlinge in Deutschland auch die Bedrohung durch Terrorismus wächst. Fast ebenso viele Befragte wünschen sich, dass die Asylbewerber wieder ausgewiesen werden, wenn sich die Lage in ihren Heimatländern verbessert.“⁸

Ganz so abschiedsträchtig waren die sehr differenzierten Bielefelder Ergebnisse wiederum nicht. Sie zeigten vielmehr auch, dass eine grundlegende Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete bei der weit überwiegenden Zahl der Befragten trotz allem noch immer vorhanden ist.

2.1. Die Suche nach dem neuen „Wir“

Umso wichtiger sind vor dem Hintergrund von gesellschaftlicher Spaltung⁹ und kollektivmentaler Diffusion mit ihrem neuen Höhepunkt in der „Flüchtlingskrise“

⁶ R. Müller, Flüchtlingsgipfel in Wien. Signale einer europäischen Union, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9.2016.

⁷ H. Kauffmann, Das Scheitern der Konferenz 1938 und die Krise der europäischen Außenpolitik 2008, in: W. Benz / C. Curio / H. Kauffmann (Hg.), Von Evian nach Brüssel. Menschenrechte und Flüchtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Évian, Karlsruhe 2008, S. 39.

⁸ V. Steinmetz, Studie zu Flüchtlingen und Migranten. Die Willkommenskultur verabschiedet sich, in: Der Spiegel online, 7.7.2016.

⁹ Hierzu zuletzt die neue „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung: A. Zick / B. Küpper / D. Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016; vgl. O. Decker / J. Kies / E. Brähler (Hg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Leipzig 2016; P. Fink / H. Tiemann,

die Bemühungen um einen ideellen, sozialen und kulturellen Grundkonsens in der Einwanderungsgesellschaft, an denen ich mich schon früh beteiligt hatte.

Dabei erscheint mir die geläufige Rede von einer „Identitätskrise“ der Mehrheitsbevölkerung und deren Suche nach „Zusammenhalt“ einigermaßen vordergründig, solange nicht konsensual geklärt ist, woraus denn die in die Krise geratene „Identität“, von tragenden Kulturtraditionen einmal abgesehen, vordem eigentlich bestanden haben und worum es bei dem neuerdings gerade von konservativer Seite aus vielbemühten „Zusammenhalt“ konkret gehen soll; immer abgesehen von den tatsächlichen „Identitätskrisen“ von Migranten zwischen den multiplen eigenen Identitäten und den ihnen vom Aufnahmeland einseitig zugeschriebenen „Identitäten“ („Flüchtlingseigenschaften“), denen sie im System der staatlichen Schicksalsverwaltung zu entsprechen suchen müssen, wenn sie im Verfahren eine Chance haben wollen.

Dennoch habe ich als parteiloser wissenschaftlicher Politikbegleiter gerade linke, aber auch neoliberale Politiker und Publizisten immer wieder zu ermahnen versucht, in Sachen Migration und Integration diese sogenannten Identitätsprobleme nicht auszublenden. Ziel sollte es in jedem Falle sein, an die Stelle eines traditionsorientierten einen verfassungsorientierten ideellen Konsens treten zu lassen, der dann auch den nötigen „Zusammenhalt“ stiften kann.

In diesem Zusammenhang muss auch immer wieder neu nachgedacht werden über den Begriff „Integration“, der sich von einer Forschergeneration zur anderen mehrfach gewandelt hat – von der „Eingliederung“ damals bis zur „Inklusion“ heute. Integration könne man, so habe ich 2008 vorgeschlagen, in einem modernen Einwanderungsland in drei Kreisen diskutieren:

Im ersten Kreis geht es um die Integration der zugewanderten und der schon im Land geborenen Bevölkerung mit dem sogenannten Migrationshintergrund.

In einem weiteren Kreis geht es um die Integration als Gesamtaufgabe der Einwanderungsgesellschaft, unter Einbeziehung also auch von im Sinne von Integration als Teilhabe nicht oder nicht mehr zureichend integrierten Menschen aus der Mehrheitsbevölkerung; denn auch sie können – zum Beispiel infolge unzureichender Qualifikation, prekärer Soziallage und dauerhafter Arbeitslosigkeit – in einen Sog desintegrativer Faktoren geraten sein, aus dem sie sich nicht mehr selbst befreien können ohne geeignete Konzepte, die die (auf Jochen Welt, SPD, als ehemaligen Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung zurückgehenden) Komponenten „Fördern und Fordern“ verbinden.

Im dritten, weitesten Kreis geht es um die interkulturell verschärfte Gretchenfrage postindustrieller Einwanderungsgesellschaften: Was hält unsere kulturell vielfältiger werdenden Gesellschaften eigentlich ideell zusammen – die deutsche als Teil der europäischen Gesellschaft, die europäische als Teil der atlantischen, die atlantische als Teil einer Weltgesellschaft, so es eine solche in der bislang erdachten Form überhaupt schon oder noch gibt? Welches sind die dazu nötigen und in Spielregeln

Deutschland driftet weiter auseinander, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 7/8, 2016, S. 16-20.

von wirtschaftlichem Handeln, sozialer und politischer Kommunikation übersetzba-
ren konsensualen Grundideen, Werte und Normen?¹⁰

Der ideelle Bogen geht hier aus von den vielgestaltigen, oft von Public Intellectuals mit dem sogenannten Migrationshintergrund wie den Autoren Navid Kermani¹¹, Naika Foroutan¹², Zafer Şenocak¹³ und viele anderen¹⁴ in ihren Büchern, von der Regisseurin und Theaterintendantin Shermin Langhoff auf der Bühne oder von der in der Berliner Akademie der Künste 2016 von Johannes Odenthal und seinem Team präsentierten großen Ausstellung „Uncertain States“ mit ihrem gewaltigen Begleitprogramm initiierten Anstößen. Herausfordernde Ergebnisse sind wissenschaftliche, literarische, szenische und im weitesten Sinne künstlerische Bestandsaufnahmen, Perspektiven und Visionen der kulturellen Hybridität im „postkolonialen“ und „postmigrantischen“ Zeitalter.

Der Bogen spannt sich weiter über die von Harald Welzer, André Wilkens und anderen zwischen Buchdeckeln und auf Podien inszenierte, an Popper anschließende „Offene Gesellschaft“¹⁵ bis hin zu Münklers „Neuen Deutschen“¹⁶ und zu der von mir immer wieder angesprochenen Frage nach dem ideellen „solidarischen Wir“, mit dem man den Begriff einer neuen kollektiven Identität füllen könnte.

Eine für durch Keywords wie „solidarisch“ oder „kollektiv“ eher irritierbare Zeitgenossen vielleicht eingängigere Alternative wäre die von mir schon vor Jahren, über den vormaligen Integrationsbeirat der Bundesregierung, ganz bewusst forcierte Diskussion um einen kritisch reflektierten neuen, nicht traditionellen, sondern ideellen „Heimat“-Begriff. Das hat zuletzt auch Heribert Prantl mit den Stichworten „Heimat Demokratie – Heimat Sozialstaat – Heimat Europa“ und mit dem kämpferischen Motto aufgegriffen: „In flüchtigen Zeiten Heimat schaffen, das ist Politik gegen die Parolen des Mobs.“¹⁷

¹⁰ K. J. Bade, Statement auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des StiftungsReports 2008/09 des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Berlin, 12.6.2008.

¹¹ N. Kermani, *Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime*, München 2009; zuletzt: ders., *Einbruch der Wirklichkeit. Auf dem Flüchtlingstreck durch Europa*, München 2016.

¹² N. Foroutan, *Narrationen von Nationen – Oder: Wie erzählt man nationale Identität in Deutschland neu?*, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.), *Vielfältiges Deutschland. Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft*, Gütersloh 2014; dies. und Forschungsteam, *Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse*, Berlin 2014; dies., *Deutschland postmigrantisch II – Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität*, Berlin 2015; dies., *Die Einheit der Verschiedenen: Integration in der postmigrantischen Gesellschaft.* Bundeszentrale für politische Bildung, Focus Migration, Kurzdossier, bpb/Bonn 2015.

¹³ Z. Şenocak, *Deutschsein. Eine Aufklärungsschrift*, Hamburg 2011.

¹⁴ Vgl. u.v.a.: H. Sezgin (Hg.), *Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu*, Berlin 2011.

¹⁵ A. Carius / H. Welzer / A. Wilkens, *Welches Land wollen wir sein? Die offene Gesellschaft und ihre Freunde*, Frankfurt 2016.

¹⁶ H. u. M. Münkler, *Die neuen Deutschen. Ein Land vor seiner Zukunft*, Berlin 2016.

¹⁷ Bei den vorbereitenden Gespräch für den Beirat habe ich der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Dr. Maria Böhmer, dazu geraten, dieses Thema, zu dem ich auch den Eröffnungsvortrag auf der konstituierenden Sitzung des Beirats gehalten habe, in den Vordergrund zu stellen und dazu eine erste Arbeitsgruppe einzurichten, was dann auch geschah; vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Bei diesem auch transkulturell erweiterten Heimatbegriff ginge es um die verschiedensten kulturellen Heimaten (im Plural) unter einer übergreifenden gemeinsamen ideellen Heimat, deren tragende Wertbezüge im Grundgesetz ankern. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die Einsicht in die Tatsache, dass es in einer Einwanderungsgesellschaft, auch innerhalb einer Familie, unterschiedliche Einwanderergenerationen und Integrationserfahrungen geben kann. Daraus entstehen vielfältig in sich gebrochene und von der Mehrheitsbevölkerung oft deutlich verschiedene Erinnerungskulturen als Grundlage für Gegenwartseinschätzung und Zukunftserwartungen.

Die interkulturellen Identitäts- und Inklusionsdiskurse, die schon einen eigenen Buchmarkt haben, könnten über die „Flüchtlingskrise“ von 2015/16 hinaus dauerhaft bedeutsam werden für einen von einer gemeinsamen ideellen Wertebasis getragenen, belastbaren demokratischen Grundkonsens in der Einwanderungsgesellschaft.

Er würde, so bleibt zu hoffen, auch streitbare Abwehr bieten gegen extremistische Angriffe von innen und außen; denn nichts ist für die stille fundamentalistische Allianz der Extremisten jedweder Provenienz lähmender als die Konfrontation mit einem in seinem demokratischen Grundkonsens selbstbewussten und nötigenfalls auch streitbaren Gemeinwesen, zu dessen Grundwerten das Streben nach interkultureller Akzeptanz und sozialem Frieden gehört.

Das aber muss im axiomatischen Rahmen des im Grundgesetz festgeschriebenen Grundwertekatalogs in einer Einwanderungsgesellschaft, die sich als offene Gesellschaft versteht, stets weiter ausdifferenziert, in seinen konkreten Postulaten und Perspektiven immer wieder neu ausgehandelt und sollte letztendlich auch durch eine Änderung des Grundgesetzes selbst gerahmt werden.¹⁸

Wir könnten, habe ich im Frühjahr 2015 vorgeschlagen, auf der diskursiven Suche nach einer inklusiven konsensualen „Narratio“ mit dem französischen Kulturphilosophen Vincent Cespedes über den Verlust unserer Fähigkeit nachdenken, „Kollektive zu bilden“. Vielleicht sollten wir mit ihm auch von afrikanischen Kulturtechniken lernen und versuchen, den „Zaubertrank“ zu entdecken, mithilfe dessen man das kollektive „Wir“ wiederfinden kann.¹⁹

Cespedes meint damit das altafrikanische „Große Palaver“ aus der Zeit vor der islamischen Überformung weiter Teile des Kontinents: Es konnte sehr lange dauern, musste aber mit konsensualen und inklusiven Leitorientierungen enden. Die standen dann für alle Beteiligten nicht mehr zur Disposition – bis vielleicht ein

(Hg.), Beirat Integration, Berlin August 2013, S. 9-15; H. Prantl, Mob und Mitte, in: Süddeutsche Zeitung, 18./19.6.2016.

¹⁸ Vgl. hierzu: J. Eichenhofer / F. Dilmaghani, Eine Einwanderungsverfassung für die Einwanderungsgesellschaft, in: Carius / Welzer / Wilkens, Die offene Gesellschaft, 2016, S. 200-210; im Vorfeld des 9. Integrationsgipfels (14.11.2016) der Bundeskanzlerin und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Aydan Özoğuz als Votum der Migranten/innen-Verbände: Wie interkulturelle Öffnung jetzt gelingen kann. Impulspapier der Migrant/innen-Organisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft, in: Die Zeit online, 11.11.2016.

¹⁹ K. J. Bade, Zehn Thesen zum „Großen Palaver“ über Willkommenstechnik, Willkommenskultur und teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik, in: MiGAZIN, 12.3.2015 (<www.migazin.de/2015/03/12/zehn-thesen-grossen-palaver-willkommenstechnik/>).

neues „Großes Palaver“ andere Leitorientierungen brachte. Um das „Große Palaver“ ergebnisorientiert und nachhaltig zu strukturieren, könnte die Idee eines Leitbildes für die Einwanderungsgesellschaft eine Hilfestellung sein, die von einem breiten, vielgestaltigen und parteiübergreifenden gesellschaftspolitischen Votum getragen wird, das von Migrationsforschern und kritischen Politikbegleitern über die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoğuz, die Bewegung „Offene Gesellschaft“ und Bündnis 90/Die Grünen bis zu CDU-Generalsekretär Peter Tauber reicht.²⁰ (...)

* * *

Ein Déjà-vu-Erlebnis der besonderen Art hatte ich im Oktober 2016, unmittelbar vor Abschluss dieses Manuskripts: Es war die Nachricht, dass von mir hochgeschätzte jüngere Bannerträger der Migrationsforschung in akademischen Leitungspositionen wie Naika Foroutan und Andreas Zick zusammen mit anderen, die für eine Leitbild-Kommission eintreten, nun auch ein „Bundesinstitut für Migrationsforschung“ fordern – eine Idee, für die ich mehr als ein Vierteljahrhundert geworben habe.

Hätte es in den letzten Jahren schon ein großes – unabhängiges – Bundesinstitut für Migrationsforschung (sowie für Flucht- und Integrationsforschung) gegeben, dann wäre die politische Ratlosigkeit voraussichtlich begrenzter gewesen und damit auch die Zahl der folgenschweren Fehlentscheidungen, vom Herunterfahren der Zahl der Asylentscheider im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bis zum Abbau von Erstaufnahmeeinrichtungen, wovon auch andere kritische Politikbegleiter mit guten Gründen, aber vergeblich abgeraten hatten.

Ein Bundesinstitut wäre trotz der in Sachen Migration und Integration heute hochdifferenzierten Forschungslandschaft m.E. nach wie vor nützlich. Grundlage sollte aber nach geübten Erfahrungen – wie bei den „Wirtschaftsweisen“ und anfangs auch beim Zuwanderungsrat – eine gesetzliche Grundlage sein, die Unabhängigkeit und Dauer garantiert. Das freilich dürfte wohl eine Forderung sein, die nicht wenige Politiker mit einem hinter vorgehaltener Hand geflüsterten „Nie wieder!“ quittieren würden; denn auf Dauer gestellte und unabhängige kritische Politikbegleitung macht aus Sicht ihrer Adressaten gelegentlich auch Ärger.

Aber vielleicht gibt es ja diesmal eine Chance, die der Gründungsidee das Schicksal der Unabhängigen Kommission Zuwanderung (2000/01) und des Zuwanderungsrats (2003/04) erspart, das man in Schillers Worte fassen könnte: „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen!“

Bedauerlich wäre dann freilich, dass Politik, um in dieser Hinsicht aktiv zu werden, erst das – aus ihrer Sicht – Worst-Case-Szenario der „Flüchtlingskrise“ gebraucht hätte und außerdem noch den Alptraum des „Umkippen“ der „Flüchtlingskrise“ in eine „Integrationskrise“, die nicht allein die Geflüchteten betreffen, sondern die Einwanderungsgesellschaft insgesamt erschüttern würde.

Dass diese Krise längst schwelt, zeigen auf den Straße die immer wieder aufflammenden Anschläge und an den Wahlurnen die Erfolge der Alternative für Deutschland. Diese Erfolge aber sind nicht nur Ergebnis jenes Zusammenlaufens

²⁰ Vgl. u.v.a.: N. Foroutan, Wir brauchen ein Leitbild statt einer Leitkultur, in: Mediendienst Integration, 16.10.2015; zuletzt hierzu: Miteinander in Vielfalt. Ein Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Berlin, Tagung 14.2.2017.

der Kampflinien von „Islamkritik“ und „Asylkritik“, vor dem ich viele Jahre lang gewarnt habe. Sie sind, als Ergebnis von Protestverhalten und einer Suche nach großen und scheinbar einfachen Lösungen im rechten Feld, auch ein gefährliches Signal für das wachsende Unbehagen an den immer schwierigen und auf Kompromissbereitschaft angewiesenen parlamentarisch-demokratischen Aushandlungsprozessen. Dieses Unbehagen aber ist auch eine Ausgeburt politischer Ratlosigkeit in der „Glokalisierung“, zu der die nationale und vor allem kommunale Konfrontation mit den globalen Problemen von Migration und Flucht gehört.

Wenn sich aber der Souverän, die einst viel gerühmte Gemeinschaft der „mündigen Bürger“, von ihrer parlamentarisch-demokratischen Lebensform abzuwenden beginnt, öffnen sich Abwege auf nach rechts hin abschüssiger Bahn. Auch die politische Kultur in Europa und im atlantischen Raum scheint in dieses Gefälle zu geraten. Das reicht von dem mit antieuropäischen „postfaktischen“ Halbwahrheiten erstrittenen Wahlsieg der „Brexit“-Phantasten in Großbritannien bis zum Wahlsieg des von deutschen Vorfahren abstammenden neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Donald Trump hatte seine Wahlkampagne mit noch aggressiverem Populismus bestritten, auch im Blick auf die Spaltungsthemen Migration, Flucht, Integration und Minderheiten in der Einwanderungsgesellschaft.

Es wird Zeit, auf die vielen hier offenen Grundfragen möglichst nachvollziehbare, handlungsorientierte Antworten zu liefern und damit „Gegenfeuer“ gegen den auch diesseits des Atlantiks vorrückenden demagogisch-populistischen Flächenbrand zu legen.²¹ An der Frage, wie das geschehen könnte, scheiden sich ratlose Geister in einer Epoche der Tageswahrheiten. Sie wählte sich in Deutschland als Wort des Jahres 2016 die passende Zuschreibung „postfaktisch“. Das Kunstwort verweist, wie die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) definierte, darauf, „dass es zunehmend um Emotionen anstelle von Fakten geht und ein Teil der Bevölkerung bereit ist, auf den Anspruch auf Wahrheit zu verzichten, Tatsachen zu ignorieren und offensichtliche Lügen zu akzeptieren.“²² So betrachtet, war und ist gerade die politische, mediale und öffentliche Beschäftigung mit den Themen Migration, Flucht und Integration in Deutschland weithin postfaktisch geprägt.

„Die Zeit der Realität ist vorbei, die der Realitäten tritt in ihre erste Blütezeit“, diagnostizierte Roger Willemsen in seinem als Rückblick aus der Zukunft angelegten letzten öffentlichen Vortrag „Zukunftrede“ am 24.7.2015 im Gutshof Landsdorf (Mecklenburg-Vorpommern). „Ja, wir wussten viel und fühlten wenig“, sagte der jugendlich wirkende und doch schon todkranke Redner. „Aber aus all den Fakten ist keine Praxis entsprungen, die auf der Höhe der drohenden Zukunft wäre.“²³

Eine solche Praxis aber kann nur aus belastbar fundierten und handlungsorientierten Perspektiven mit selbstkritischem Blick für die Grenzen des Möglichen gewonnen werden und nicht aus einem Wettstreit der populistischen Verheißungen – auch in Sachen Migration, Flucht und Integration.

²¹ H. Prantl, Gegenfeuer, in: Süddeutsche Zeitung, 14.11.2016.

²² <[https://de.wikipedia.org/wiki/Wort_des_Jahres_\(Deutschland\)#Wort_des_Jahres](https://de.wikipedia.org/wiki/Wort_des_Jahres_(Deutschland)#Wort_des_Jahres)>.

²³ R. Willemsen, Wer wir waren. Zukunftrede, Frankfurt a.M. 2016, S. 23, 26.